



N I E D E R S C H R I F T

03. ordentliche öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde – Wahlperiode 2019 - 2024

Sitzungstermin: Dienstag, 01.10.2019
Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr
Sitzungsende: 21:21 Uhr
Sitzungsort: Stadt Luckenwalde, Markt 10, Sitzungssaal, 14943 Luckenwalde

Anwesend:

Vorsitzender-

Herr Jochen Neumann

Mitglieder-

Herr Christian Block

Herr Hans Buchner

Herr Matthias Grunert

Herr Peter Gruschka

Frau Dr. Margitta-Sabine Haase

Herr Thomas Herold

Frau Elisabeth Herzog-von der Heide

Herr Manuel Hurtig

Frau Dr. Anja Jürgen

Herr Norbert Jurtzik

Herr Andreas Krüger

Herr Dr. Andreas Kugler

Herr Klaus-Werner Lehmann

Herr Bert Lindner

bis 20:01 Uhr

Herr Carsten Nehues

ab 18:32 Uhr

Herr Tom Ritter

Herr Erik Scheidler

Herr Harald-Albert Swik

Herr Manfred Thier

Frau Nadine Walbrach

Herr Michael Wessel

Herr Martin Zeiler

Verwaltung-

Herr Torsten Knöfel

Frau Angela Malter

Frau Andrea Rosin

Amt für Gebäude- und
Beteiligungsverwaltung bis einschl. TOP 6.3
Stadtplanungsamt bis einschl. TOP 6.4
Stadtplanungsamt bis einschl. TOP 3

Frau Lisa Schley

Herr Christian von Faber

Gäste-

Herr Christian Buddeweg

Frau Dagmar Stenzel

Geschäftsführer SBL bis einschl. TOP 2
Geschäftsführerin NUWAB bis einschl.
TOP 6.2

Schriftführerin-

Frau Britta Jähner

Abwesend:

Mitglieder-

Herr Gerhard Maetz
Herr Matthias-Eberhard Nerlich
Herr Stefan Pinkawa
Herr Felix Thier

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL:

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit
2. Bericht: Klimaschutz in Luckenwalde - Bestandsaufnahme und Ausblick Referenten: Christian Buddeweg, Christian von Faber
3. Einwohnerfragestunde
4. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.08.2019
5. Feststellung der Tagesordnung
6. Beschlussvorlagen
- 6.1. Bereitstellung überplanmäßige Auszahlungen für Stadumbau B-7037/2019
- 6.2. Änderung des Ver- und Entsorgungsvertrages über die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in der Stadt Luckenwalde und Gemeinde Nuthe-Urstromtal vom 24.04.2009 B-7042/2019
- 6.3. Entwurfs- und Offenlegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 44/2019 "Lidl-Markt Schützenstraße" B-7033/2019
- 6.4. Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes mit Radwegeplan A-7007/2019
7. Informationsvorlagen
- 7.1. Straßenbaumaßnahmen in Planung I-7001/2019
- 7.2. Umsetzungsstand des Klimaschutz- und Energiekonzeptes (KEK) I-7003/2019
8. Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung
9. Informationen der Verwaltung
10. Informationen des Vorsitzenden

II. NICHT ÖFFENTLICHER TEIL:

11. Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.08.2019
12. Feststellung der Tagesordnung
13. Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung
14. Informationen der Verwaltung
15. Informationen des Vorsitzenden

I. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Herr Neumann eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Zu Sitzungsbeginn sind 20 Mitglieder und die Bürgermeisterin als stimmberechtigtes Mitglied anwesend.

TOP 2. Bericht: Klimaschutz in Luckenwalde - Bestandsaufnahme und Ausblick Referenten: Christian Buddeweg, Christian von Faber

Herr Neumann bittet darum, auch die Informationsvorlage I-7003/2019 (TOP 7.1) zu berücksichtigen, sollten im Anschluss an die Vorträge Fragen gestellt werden.

Die Präsentation von **Herrn von Faber** ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

- Während der Ausführungen erscheint Herr Nehues.

Die Präsentation von **Herrn Buddeweg** ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Anfragen und Anregungen der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Dr. Jürgen wurde von einem Bürger informiert, dass die bestehende Bepflanzung im Zuge der Wohnblock-Sanierung Burg komplett entfernt werden soll, was sie – hinsichtlich Klimaschutz – nicht befürwortet. Ferner fragt sie an, wie es mit Stellplätzen für Roller, Mopeds etc. im Bereich des Bahnhofs aussieht.

Herr von Faber entgegnet, die Frage der Stellplätze als Anregung aufzunehmen. Mopeds, Motorräder etc. steht die Nutzung des Parkplatzes frei.

Herr Krüger merkt an, dass in dem Themenbereich die Wirtschaft nicht auszuklammern sei, ebenso nicht die Landwirtschaft. Den Ansatz, die Entwicklung in Zehn-Jahres-Schritten zu betrachten, kann er nicht gut heißen. Es müsse eine ständige Evaluierung stattfinden, angepasst an die hinzukommenden Einflussfaktoren.

Herr Hurlig regt an, die geplanten vier Behindertenparkplätze auf dem Gaswerksgelände in dem vorderen Bereich des Berliner Platzes zu etablieren sowie Jahresdauerparkkarten für Stellplätze auf dem ehemaligen Gaswerksgelände für Dauerspender auszustellen. Ob dafür Gebühren erhoben werden sollten, müsse beraten werden.

Herr Block vermisst die Darstellung von Kosten und wer diese trägt (z. B. Investitionen für energetische Sanierung, Fernwärmeanschluss, Mieterstrom).

Herr Buddeweg führt zum Thema Mieterstrom aus, dass gesetzlich geregelt sei, dass ein Liefervertrag nicht länger als für ein Jahr abgeschlossen werden darf und dass der Preis mindestens 10 % unter der Grundversorgung liegen muss. Diese 10 % unter Grundversorgung heißt unterhalb aller Wettbewerbsprodukte. Die Errichtung einer Mieterstromanlage darf nicht auf die Kaltmiete umgelegt werden, so dass dem Mieter dafür keine Kosten entstehen. Die Finanzierung erfolgt durch die Preisdifferenz selbsterzeugten Stroms ohne Netznutzung sowie Umlagebefreiung und Zuschuss über den Mieterstromzuschlag.

Herr Nehues bittet darum, die Pendlerbilanz zu untermauern.

Herr von Faber kann die Zahlen nachliefern.

Frau Herzog-von der Heide präzisiert die drei größten Einpendlergruppen: 1 Nuthe-Urstromtal, 2 Jüterbog und 3 Berlin.

Herr Gruschka meint, dass sich insgesamt an dem Ressourcenverbrauch und dem Kohlendioxidausstoß bei der Bilanz zu orientieren sei. Er fragt, ob diese Aussagen in der Bilanzierung des KEK zu leisten wären. Außerdem möchte er wissen, ob auch der Fernwärmeverbrauch einschließlich Kohlendioxidausstoß darstellbar wäre.

Herr von Faber erklärt, dass das Ziel sei, die Gesamtemission der Stadt zu senken. Das sei auch in den Szenarien des KEK so dargestellt. Der Charme der Fernwärme ist der, dass es auf lange Sicht möglich sein wird, auch erneuerbare Energie in das Fernwärmenetz einzuspeisen. Geplant sei, dies auf der Burg zu versuchen, wenn die Temperatur des Netzes heruntergefahren wird, auch Solarwärme einzuspeisen. Eines Tages werde so viel Windstrom vorhanden sein, dass man über einen Wärmespeicher auch die Fernwärmenetze mit E-Strom versorgen könne.

Frau Dr. Jürgen fehlen die kleinen Schritte, wie die genaue Prüfung, ob Baumfällungen notwendig sind, das zu frühzeitige Mähen von Blühwiesen und der Einsatz des Heißschaumverfahrens.

Herr Scheidler schlägt vor, die vorgetragenen Anregungen sowie weitere Maßnahmen des Klima- und Artenschutzes, die über die Festlegungen im KEK hinausgehen, in den Fraktionen zu sammeln und der Verwaltung zuzuleiten, um dann im Laufe des nächsten Quartals im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Umwelt (SWU) darüber zu beraten.

Frau Herzog-von der Heide sagt, dass angeknüpft an das KEK die Bilanzierung auf den Daten 2020 in 2021 vorgestellt werde. Weitere kleinere Maßnahmen aus den Vorschlägen der Fraktionen sowie Planungen der Verwaltung werden stetig fortgeschrieben. Geplant sei beispielsweise, den Hortneubau und die Mensa mit einer Photovoltaikanlage auszustatten, um den Schulkomplex an der Jahnstraße besser zu versorgen. Ebenso sind Photovoltaikmodule für das zu errichtende Salzlager auf dem Bauhof vorgesehen. Auch Maßnahmen des Verkehrsentwicklungskonzeptes, die stärker auf den nicht motorisierten Verkehr ausgerichtet seien, tragen zum Klimaschutz bei.

Herr Dr. Kugler erkundigt sich nach Standorten für geplante E-Tankstellen.

Herr von Faber zählt auf: eine Doppeltankstelle am Haag, eine Doppeltankstelle am Parkplatz der Fläming-Therme, eine Tankstelle auf dem Parkplatz Kleiner Haag (nach Abschluss der Bauarbeiten), zwei Doppeltankstellen auf dem Parkplatz des ehemaligen Gaswerksgeländes.

Herr Block braucht Zahlen und Fakten: Was kosten E-Ladesäulen, was kostet den Bürger „Einhundert-Kilometer-Fahren“.

TOP 3. Einwohnerfragestunde

TOP 3.1. Nachfragen und Anregungen zum Klimaschutz-Bericht

Eine Bürgerin vermisst Aussagen dazu, was die Verwaltung unternimmt, um das ausgeschiedene CO₂ zu absorbieren. Weiter regt sie an, dass die Stadtverordneten von der

Verwaltung eine Übersicht über mögliche Bauflächen fordern, ehe ein Fast-Biotop für Wohnbebauung zerstört wird.

Eine weitere Bürgerin fragt, ob in Wirtschaftsförderungsmaßnahmen der Stadt Klimaschutzaspekte eine Rolle spielen. Hinsichtlich der enthaltenen Aussagen zur Fahrzeugflotte und der Beschaffung von allgemeinem Verwaltungsbedarf in der Informationsvorlage I-7003/2019 möchte sie wissen, ob es weitere Aspekte klimafreundlicher Beschaffung (z. B. Papier, Textilien, Materialien zur Ausgestaltung von Festen) gibt.

Frau Herzog-von Heide meint, dass die letztgenannten Vorschläge, gleich der Anregung von Herrn Scheidler, über die Stadtverordneten zur Beratung im SWU-Ausschuss eingereicht werden können. Zur ersten Anfrage entgegnet sie, dass der Gesetzgeber Emissionsverfahren bei der Ansiedlung neuer Unternehmen im Baugenehmigungsverfahren anhand von Auflagen nach einem hohen Standard festschreibt.

TOP 4. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.08.2019

Herr Neumann verweist auf die Nicht-Wiedergabe des Wahlaufufes der Fraktionen aus der letzten Sitzung (sh. Anlage 3 dieser Niederschrift).

TOP 5. Feststellung der Tagesordnung

bestätigt

TOP 6. Beschlussvorlagen

TOP 6.1. Bereitstellung überplanmäßige Auszahlungen für Stadumbau B-7037/2019

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:
Der überplanmäßigen Bereitstellung in Höhe von 41.300 € für das Förderprogramm Stadumbau/Aufwertung wird zugestimmt.

Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0
ungeändert beschlossen

TOP 6.2. Änderung des Ver- und Entsorgungsvertrages über die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in der Stadt Luckenwalde und Gemeinde Nuthe-Urstromtal vom 24.04.2009 B-7042/2019

- **Korrektur** Originalvorlage - Titel **2009** anstatt 2019 und bei finanzielle Auswirkungen (Schreibfehler): „**kostenrechnende**“ **Einrichtung**

Die Frage von **Frau Dr. Jürgen**, wie viele Abflussgruben sich im Einzugsbereich befinden, wird schriftlich beantwortet, so **Frau Herzog-von der Heide**.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die NUWAB GmbH soll ab dem 01.01.2021 die für die mobile Abwasserentsorgung erforderliche Abfuhrleistung erbringen. Hierzu wird die Bürgermeisterin ermächtigt, einen entsprechenden Änderungsvertrag zum bestehenden Ver- und Entsorgungsvertrag über die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in der Stadt Luckenwalde und Gemeinde Nuthe-Urstromtal abzuschließen.

Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0
geändert beschlossen

TOP 6.3. Entwurfs- und Offenlegungsbeschluss zum B-7033/2019 Bebauungsplan Nr. 44/2019 "Lidl-Markt Schützenstraße"

Frau Dr. Jürgen gibt ein Statement zum Bebauungsplan „Lidl-Markt Schützenstraße“ ab (sh. Anlage 4 dieser Niederschrift) und verteilt dazu einen Auszug aus dem Baugesetzbuch.

- Während der Ausführungen verlässt Herr Lindner die Sitzung.

Herr Jurtzik verdeutlicht, dass es sich bei dem Beschluss nicht um eine abschließende Abwägung, sondern um ein Auf-den-Wegbringen des Bebauungsplanes handelt. Im Verfahrensverlauf kann es, auch durch die Abwägung Träger öffentlicher Belange, zu Veränderungen kommen. Den Trägern öffentlicher Belange vom Fach obliegt es auch, Aussagen zur Begründung zu treffen. § 9 des BauGB regelt die Festsetzungsmöglichkeiten eines Bebauungsplanes. Den Begriff „Außenbereich im Innenbereich“ gibt es im BauGB nicht.

Frau Walbrach möchte wissen, welche im SWU-Ausschuss angesprochenen Punkte zwischenzeitlich geändert wurden und warum das SWU-Protokoll nicht einsehbar sei.

Herr Gruschka betont, dass es heute nicht darum geht, den Satzungsbeschluss B-Plan zu fassen. Es geht darum, das Verfahren zu eröffnen, in dem das von Frau Dr. Jürgen Vorgetragene einzubringen sei.

Auf die Frage von **Frau Dr. Jürgen**, wann der endgültige B-Plan bearbeitet wird, erklärt **Herr Neumann**, dass es zunächst einen Aufstellungsbeschluss zur Auslotung des Möglichen gibt. Im Nachgang der Abwägung gibt es einen Offenlegungsbeschluss, in dem Frau Dr. Jürgen ihre Stellungnahme einbringen kann. Nach der Abwägung werde der Satzungsbeschluss im SWU-Ausschuss und in der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt.

Aufgrund der weiteren Meinungswiedergabe zur Durchführung eines B-Planverfahrens von Herrn Nehues, Herrn Jurtzik, Herrn Krüger und Frau Dr. Jürgen beantragt Frau Dr. Haase gemäß Geschäftsordnung, den Schluss der Aussprache.

Frau Herzog-von der Heide sagt zu, dass die von Frau Dr. Jürgen vorgetragene Stellungnahme zum Entwurf als Einwendung aufgenommen und in Vorbereitung des Satzungsbeschlusses der Abwägung unterzogen werde.

Herr Neumann lässt über den Antrag zum Schluss der Aussprache abstimmen:

Ja 15 Nein 2 Enthaltung 4
Antrag bestätigt

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Auswertung der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 13a Abs. 3 Nr. 2 BauGB wird gebilligt (Anlage 1 und 2).
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes (Anlage 3) und der Begründung (Anlage 4) werden in der vorliegenden Fassung (Stand 27.08.2019) gebilligt.
3. Der Entwurf des Bebauungsplans und die Begründung werden gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt, gleichzeitig werden die betroffenen Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und die Nachbargemeinden gemäß § 2 (2) BauGB erneut beteiligt.

Ja 17 Nein 2 Enthaltung 2
ungeändert beschlossen

TOP 6.4. Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes mit Radwegeplan A-7007/2019

Herr Swik erläutert den schriftlich vorliegenden Antrag.

Herr Ritter ist dafür, dass der Antrag in den SWU-Ausschuss zur ausführlichen Behandlung unter Mitwirkung der sachkundigen Einwohner gegeben werden sollte.

Herr Wessel führt aus, dass das Radwegeproblem nur einen Teil der Verkehrsproblematik in Luckenwalde ausmacht. Es gebe wesentliche neuralgische Punkte, wie beispielsweise den LKW-Verkehr. Das Thema müsse weitergefasst, auf alle Verkehrsteilnehmer und auf die kommenden 30 bis 40 Jahre ausgerichtet werden.

Frau Herzog-von der Heide erläutert, dass das Verkehrsentwicklungskonzept eine hoch komplexe Angelegenheit sei. Die Aufgabe sei durch die Verwaltung nicht zu leisten und müsse ausgeschrieben werden. Dafür müssen Mittel in den Haushalt 2020 eingestellt werden. Mit der konkreten Aufgabenstellung zur Fortschreibung des Konzeptes, so schlägt sie vor, solle sich der SWU-Ausschuss ausführlich beschäftigen.

Herr Nehues fehlt in dem Antrag die konkrete Beauftragung der Verwaltung zur Erstellung des Verkehrsentwicklungskonzeptes. Er erwarte eine Beratung im SWU-Ausschuss mit Vorschlägen, die in einen qualifizierten Antrag zur Stadtverordnetenversammlung münden, und der Mittelaufnahme 2020 in den Haushalt.

Herr Swik fasst das klare Ziel des Antrages zusammen: Einen Verkehrsentwicklungsplan ausgerichtet auf alle Verkehrsteilnehmer und mit einem Prognosezeitraum bis 2030 zu erstellen. Er begrüßt den Vorschlag der Bürgermeisterin, dafür Mittel in den Haushalt 2020 einzustellen.

Herr Jurtzik ergänzt Herrn Swiks Ausführungen zum Zustandekommen des Antrags. Er sieht keine Notwendigkeit, den vorliegenden Antrag in den SWU-Ausschuss zu verweisen. Der Verkehrsentwicklungsplan solle alle Facetten der Verkehrsteilnehmer berücksichtigen. Einen Prognosezeitraum über 2030 hinaus hält er nicht für realistisch, es müssen danach erneut die Gegebenheiten der Verkehrssituation beurteilt werden.

Herr Scheidler befürwortet den Antrag, mit der Maßgabe, den Begriff „kurzfristig“ abzuändern. Das gesamte Thema Verkehrsentwicklung ist auch mit dem in der kommenden Woche zu beratenden Parkraumkonzept komplex zu behandeln.

Frau Dr. Jürgen würde den Antrag mit folgender Änderung mittragen: Anstatt „Radwegenetzes“ soll es „radfahrerfreundlichen Straßennetzes“ im letzten Satz, Punkt 1 des Antrages heißen.

Frau Walbrach hätte sich diesen Antrag zusammen mit dem Antrag ihrer Fraktion, der in der nächsten Woche auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung steht, für die Beratung im SWU-Ausschuss gewünscht. Viele Punkte hätten da gemeinsam mit den sachkundigen Einwohnern zusammengetragen werden können, auch unter Berücksichtigung der zu erwartenden Verkehrsentwicklung der nächsten 30 bis 40 Jahre.

Herr Gruschka verdeutlicht, dass mit dem vorliegenden Antrag die Erarbeitung des Verkehrskonzeptes veranlasst werden soll.

Herr Swik befürwortet die vorgeschlagenen Änderungen zum Antrag wie folgt:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der bestehende Verkehrsentwicklungsplan aus dem Jahr 1996 ist **kurzfristig in 2020** fortzuschreiben und den aktuellen Gegebenheiten der Stadtentwicklung und der damit verbundenen Verkehrsströme anzupassen. Der Prognosezeitraum ist bis mindestens 2030 zu betrachten. Besonderes Augenmerk ist hierbei auf die Schaffung eines funktionsfähigen und den heutigen Bedürfnissen entsprechenden **Radwegenetzes radfahrerfreundlichen Straßennetzes** zu legen.“

Herr Neumann ruft den geänderten Antrag zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der bestehende Verkehrsentwicklungsplan aus dem Jahr 1996 ist kurzfristig fortzuschreiben und den aktuellen Gegebenheiten der Stadtentwicklung und der damit verbundenen Verkehrsströme anzupassen. Der Prognosezeitraum ist bis mindestens 2030 zu betrachten. Besonderes Augenmerk ist hierbei auf die Schaffung eines funktionsfähigen und den heutigen Bedürfnissen entsprechenden Radwegenetzes zu legen.
2. Bis der aktualisierte Verkehrsentwicklungsplan vorliegt, ist bei allen Straßenausbauplanungen nachzuweisen, dass die Bedürfnisse des Radverkehrs betrachtet wurden. Insbesondere ist bei Planungen ohne Radweg nachzuweisen, warum dieser nicht erforderlich ist oder nicht realisierbar ist.

Ja 21 Nein 0 Enthaltung 0
geändert beschlossen

TOP 7. Informationsvorlagen

TOP 7.1. Straßenbaumaßnahmen in Planung

I-7001/2019

Kenntnis genommen

TOP 7.2. Umsetzungsstand des Klimaschutz- und Energiekonzeptes (KEK)

I-7003/2019

Kenntnis genommen

TOP 8. Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung

TOP 8.1. Barrierefreiheit Friedrich-Ebert-Grundschule

Herr Nehues fragt nach dem aktuellen Sachstand der Fertigstellung der Barrierefreiheit.

Frau Herzog-von der Heide wird den Fertigstellungstermin schriftlich mitteilen.

TOP 8.2. Einwohnerversammlung "Karree"

Herr Nehues regt an, künftig alle Stadtverordneten zu Einwohnerversammlungen einzuladen. Ferner verweist er auf die fehlende Präsentation in dem Bericht zu der Einwohnerversammlung auf der städtischen Homepage.

Die Veröffentlichung der Präsentation wird zum Freitag nachgeholt, so **Frau Herzog-von der Heide**.

Herr Nehues fragt an, resultierend aus der Aussage in der Einwohnerversammlung, dass es in dem Gebiet nur einen Spielplatz gibt und dieser zu wenig sein soll, ob es eine Norm gebe, Spielplätze ab einer Kinderstärke von X zu schaffen. Wenn es eine Norm gibt, welche das sei. Des Weiteren merkt er zu dem vorhandenen Spielplatz „Karree“ an, dass dieser nicht kleinkindgerecht sei.

Frau Herzog-von der Heide entgegnet, dass es Ziel einer vorbereitenden Untersuchung sei, auch solch einen Mangel aufzudecken. Mit der Festsetzung als Sanierungsgebiet werden die Schwächen und Stärken des Gebiets aufgezeigt und es können beispielsweise Möglichkeiten für die Errichtung eines Spielplatzes eruiert werden. Eine Norm gebe es nicht.

TOP 8.3. Schulklassen- und -jahrgangsstärken

Herr Nehues bittet um eine Übersicht der Klassenstärken der Schulen sowie eine Auflistung der Jahrgangsstärken, um einschätzen zu können, ob die vorhandene Grundschulkapazität in den nächsten Jahren ausreicht.

Frau Herzog-von der Heide wird einen Ist-Stand der derzeitigen Klassenstärken an den Schulen in städtischer Trägerschaft übermitteln. Die Klassengröße von 28 Schülern ist per Gesetz festgelegt.

TOP 8.4. Straßenkataster

Herr Nehues fragt, ob es ein aktuelles Straßenkataster gibt.

Frau Herzog-von der Heide entgegnet, dass die vorliegende Informationsvorlage (I-7001/2019) die Straßenbaumaßnahmen enthält, die die Stadt in Planung hat. Im SWU-Ausschuss wurden bereits die Auswirkungen der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge umfassend dargelegt. Die in der Vorlage zuerst genannten Vorhaben „Rudolf-Breitscheid-Straße zwischen Mauerstraße und An den Giebeln sowie Buchtstraße“ haben höchste

Priorität und sollen mit dem kommenden Haushalt abgesichert werden.
Es gibt ein Straßenkataster mit allen notwendigen Informationen und jede Straßenbaumaßnahme wird bilanziert.

TOP 8.5. Sachstand LUBA

Herr Nehues fragt nach dem Sachstand zur LUBA.

In der nächsten Sitzung des Finanzausschusses wird Herr Kräker einen Sachstand geben, antwortet **Frau Herzog-von der Heide**.

TOP 8.6. Übermittlung von Präsentationen

Frau Dr. Jürgen fragt nach den Präsentationen von Herrn Graf vom Städte- und Gemeindebund und von Herrn Neumann.

Frau Herzog-von der Heide entgegnet, dass die Präsentation von Herrn Graf sobald weitergeleitet werde, wenn er die angekündigten Nachbesserungen vorgenommen und sie der Verwaltung zugesandt habe.

TOP 8.7. Auswertung Leerstandskonferenz

Frau Dr. Jürgen erkundigt sich nach der Auswertung der Leerstandskonferenz.

Frau Herzog-von der Heide berichtet, dass es eine Auswertung in Form einer Broschüre geben wird, an der die Stadt mitwirkt. Sie hofft, dass diese noch in diesem Jahr vorliegt.

TOP 8.8. Verkehrssituation Haag

Herr Krüger fragt, ob die notwendigen Sicherungsmaßnahmen an dem Gebäude getroffen wurden, um die Straße Haag wie angekündigt im November wieder für den Verkehr öffnen zu können.

Frau Herzog-von der Heide hat das Stadtplanungsamt beauftragt, sich beim Landkreis zum gegenwärtigen Stand zu erkundigen. Die Antwort werde den Stadtverordneten zur Verfügung gestellt.

TOP 8.9. Grundstücks- und Wohnungsmarkt

Herr Swik stellt Anfragen zur aktuellen Situation des Grundstücks- und Wohnungsmarktes:

1. Wie hoch ist die Anzahl am Markt verfügbarer, unbebauter Wohngrundstücke
 - a) im unbeplanten Innenbereich der Stadt,
 - b) in bestehenden, rechtswirksamen Bebauungsplänen.
 - c) Welche Art von Bebauung (EFH, MFH o. ä.) ist dort zulässig?
 - d) Wie wird der Bedarf für die nächsten Jahre eingeschätzt?
2. Wie hoch ist gegenwärtig noch der Wohnungsleerstand
 - a) in unsanierten Wohngebäuden,
 - b) in sanierten Wohngebäuden?

3. Wie viele Wohngrundstücke mit welchen Bebauungsmöglichkeiten können kurzfristig aufgrund laufender Planungen entstehen?
4. Wie ist die Situation des sozialen Wohnungsbaus in Luckenwalde? Stehen Sozialwohnungen ausreichend zur Verfügung oder gibt es weitere Bedarfe?

Frau Herzog-von der Heide entgegnet, dass es sich um eine hochkomplexe Fragestellung handelt. Ob und wann eine Beantwortung möglich sein werde, werde sie nachreichen.

TOP 9. Informationen der Verwaltung

Frau Herzog-von der Heide informiert über eine öffentliche Diskussionsveranstaltung in der Bibliothek am 4. November 2019 zum Thema Klimaschutz. Die Dialogreihe „GloboLokal“ befasst sich mit der Frage: Nachhaltige Entwicklung und was hat Luckenwalde damit zu tun? Podiumsteilnehmer werden Vertreter des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung, des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft sowie der Verwaltung sein. Eine Einladung geht den Stadtverordneten zu.

TOP 10. Informationen des Vorsitzenden

Herr Neumann informiert über Folgendes:

- Rückmeldung bei Frau Jähner für die Veranstaltung zum kommunalen Haushalt am 5. November 2019 in der Feuerwache um 18 Uhr
- Verteilung des Bescheides über die Aufwandsentschädigung und das Sitzungsgeld, die nachträglich für einen Kalendermonat gezahlt werden: Da gegen den Bescheid innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe (in diesem Fall Einlegen in das STVV-Postfach) Widerspruch erhoben werden kann, erfolgt die Verteilung weiterhin monatlich in Papierform.
- Weiterhin erinnert er alle Stadtverordneten daran, dass sie sich auf die Einhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung verpflichtet haben. Diese Verpflichtung umfasst auch die Pflicht zur Achtung der Würde anderer, selbst bei einer politischen Auseinandersetzung.
- Die nächste öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung findet am 8. Oktober 2019 um 17 Uhr zum Parkraumkonzept statt. Bis dahin wird die Niederschrift dieser Sitzung nicht fertiggestellt sein, diese kommt dann auf die Tagesordnung der nächstfolgenden Sitzung am 12. November 2019.

Herstellung der Nichtöffentlichkeit: 21:20 Uhr

Jochen Neumann
Vorsitzender

Britta Jähner
Schriftführerin

13.10 24 31 01